

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862**

15.11.1862 (No. 269)



# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 15. November.

N. 269.

1862.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Einrückungsgeld: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrich-Str. Nr. 14, wofür auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

## Telegramme.

**Berlin, 14. Nov.** Die Antwort Preußens auf die Erklärungen Bayerns und Württembergs in Betreff des Handelsvertrags ist heute an die Regierungen abgegangen. Preußen hält darin seinen bisherigen Standpunkt fest, und wird eine Ablehnung des Vertrags als eine Kündigung des Zollvereins betrachten. Preußen schlägt eine Konferenz vor, wird aber nicht über, im Art. 34 des Zollvereins-Vertrags nicht bezeichnete Gegenstände verhandeln.

**Kassel, 14. Nov.** Der Landtags-Kommissär verspricht die Beantwortung der Decker'schen Interpellation für die nächste Sitzung. Seit zwei Tagen besteht eine Ministerkrise.

**Rom, 12. Nov.** Die Nacht „Osborne“ ist heute Morgen mit dem Kronprinzen und der Kronprinzessin von Preußen und dem Prinzen von Wales in Civita Vecchia angekommen. Dieselben trafen um 2 Uhr in Rom ein. Der „Osborne“ ist wieder nach Malta zurückgekehrt, um einige notwendige Reparaturen vorzunehmen.

**Madrid, 11. Nov.** Der König befindet sich besser. Der Finanzminister beschleunigt die Ausarbeitung des Budgets für 1863. Eine offizielle Bekanntmachung theilt mit, daß der Sultan von Marokko die Ausfuhr von Wolle und Getreide gestattet.

**Athen, 8. Nov.** Das Dekret, welches die Nationalversammlung einberuft, bestimmt u. A.: Die Griechen im Auslande wählen von 100—1000 einen, von 1000—10,000 zwei, und über 10,000 drei Abgeordnete. Alle im Königreich wohnenden Griechen über 25 Jahren sind Wähler und wählbar.

**Athen, 8. Nov.** (Neben Triest, W. L. B.) Der Tod von Grivas bestätigt sich. Der türkische Gesandte protestirte gegen den Beschluß der provisorischen Regierung, durch welchen die außerhalb Griechenlands wohnenden Griechen aufgefordert werden, Abgeordnete in die Nationalversammlung nach Athen zu schicken.

**Konstantinopel, 8. Nov.** Es heißt, Sultan Abd. ul Azis sei von einer Gemüthskrankheit befallen.

**New-York, 3. Nov.** Der südafrikanische Kriegsdampfer „Alabama“ (der schon vielerlei Unheil unter den unionistischen Kaufleuten angerichtet hat) hat abermals 8 nordamerikanische Schiffe geentert und 6 davon zerstört. Die beiden andern haben der südafrikanischen Regierung eine Garantie für 86,000 Doll., zahlbar nach Abschluß des Friedens, gegeben. — Wechselkurs 143 1/2 a 144 1/2, Goldagio 30 1/4, Baumwolle ohne Veränderung.

## Eine preussische Schrift über den Handelsvertrag.

(Schluß.)

„Allerdings werden solche weitere Ermäßigungen der Zölle, welche fernhin auch auf Frankreich ausgedehnt werden müssen, und hiergegen richtet sich ein Haupteinwand Deeres, welche den französischen Handelsvertrag bekämpfen. Aber wie in diesem Umstand einen Mangel des Vertrags erblickt, verlangt nichts Geringeres, als daß der Zollverein an dem theoretisch von allen Seiten perhorrescirten Differenzialzollsystem zu Gunsten Oesterreichs festhalte, und daß er Oesterreich nicht etwa bloß auf dem Fuß der meistbegünstigten Nation, sondern als die allein und fast vor allen andern privilegierte Nation behandle. Es liegt auf der Hand, das aus der Sentenz eines solchen Grundgesetzes für die handelspolitische Gestaltung des Zollvereins im Weltverkehr die allerhöchsten Nachteile hervorzugehen müßten. Begibt sich der Zollverein des Rechts, anderen Nationen auf seinem Markt die Rechte der meist begünstigten Nation einzuräumen, weil diese ausschließlich für Oesterreich reservirt werden müssen, so wird er bald auch seinerseits auf allen andern Märkten, aus der Reihe der am meisten begünstigten Nationen gestrichen sein; den Vortheil, in Oesterreich bevorzugt zu sein, und die Bereitwilligkeit, an Oesterreich erlaubte Vorrechte zu bewilligen, würde er bald auf allen andern Märkten durch eine Benachtheiligung zu büßen haben, die seinen Handel überall schädigen würde, und die da, wo es sich um eine Benachtheiligung im Vergleich mit der englischen und belgischen Industrie handelt, sehr leicht zu einer völligen Verdrängung des zollvereinsländischen Handels führen könnte. Um diesen Preis aber — hierüber kann unmöglich ein Zweifel obwalten — wäre die erhaltene Begünstigung Oesterreichs viel zu theuer erkauft. Der Zollverein kann, als ein für massenhaften Export arbeitendes und auf ihn angewiesenes Handelsgebiet, auf dem Weltmarkt sich nicht mit minder vorteilhafter Bedingungen begnügen, als andere gleich weit vorgeschrittene Nationen; für die Verluste, die ihm eine Benachtheiligung auf diesem weiten Gebiete bereiten würde, kann er unmöglich in einem einfacheren Absatz nach Oesterreich ein Aequivalent finden. Das Recht, jedem andern Staat die Vortheile der meistbegünstigten Nation anzubieten und auf jedem bedeutenden Markt durch dieses Angebot den gleichen Vortheil sich sichern zu können, ist für Handel und Industrie des Zollvereins eine Lebensbedingung.“

„Es ist eine sinnlose Fiktion, wenn ein Oesterreicher Redner in Wien den Behauptung auspricht, daß der Zollverein in Folge einer ausschließlichen Privilegirung Oesterreichs sich in den Stand setzen werde, allen andern Staaten Handelsverträge zu diktriren, während er entgegengelehrt Falls sich mit dem „Abschluß handelspolitischer Konzessionen“ werde begnügen müssen. Daß das Gegenheil unausweichlich ist, liegt auf klarer Hand. Wenn sich der Zollverein in eine solche Dürftigkeit

hineinewirtschaftet hat, daß er keiner andern Nation die Rechte der meistbegünstigten gewähren kann, weil er dieselben ausschließlich für Oesterreich reservirt mag, wird er als Bettler an die Thür der andern Nationen klopfen und, falls er nicht abgewiesen wird, bei jeder Verhandlung das Gewicht der Fesseln spüren, die er sich angelegt hat. Was er sonst im ganzen Umfang mit einem Wort erreichen könnte, darüber wird er Satz um Satz markten und jede einzelne Konzession um den theuersten Preis erkaufen müssen, weil er auch den andern Theil zum Markten und Feilschen um das Einzelne zwingt; und was er mit bergeshalt gebundenen Armen und mit bergeshalt leeren Händen erwirkt, das wird eben nicht mehr sein, als der „Abschluß handelspolitischer Konzessionen“. Kann Jemand glauben, daß der Zollverein von Frankreich, von England, von Belgien die Rechte der meistbegünstigten Nation erlangen werde, wenn er diesen Staaten auf die gleiche Forderung abschließend antworten muß, — er könne nicht, da er das Recht der meistbegünstigten Nation ausschließlich für Oesterreich vorbehalten habe und jeder andere Staat hinter Oesterreich zurückstehen müsse? Wird man nicht verwundert nach dem Motiv fragen, durch das sich ein so ansehnliches Handelsgebiet habe bestimmen lassen, das Erstlingsrecht jedes selbständigen Handelslandes, den goldenen Schlüssel zu allen Märkten, einem andern Staat einzuhändigen? Nur ein Motiv könnten wir zu unserer Entschuldigend geltend machen; aber dieses Motiv wird von den europäischen Staaten nicht als stichhaltig anerkannt und ansehnlich Europa's kaum verstanden werden: wir könnten uns auf das Bundesverhältnis berufen. Doch auch hierdurch würde immer nur die ausnahmsweise Privilegirung der zum Deutschen Bund gehörigen Theile Oesterreichs motivirt werden; und mit einer solchen Unterscheidung ist weder dem Wiener Kabinet, noch seinen Anhängern in Deutschland genügt. Sie verlangen eine ausschließliche Privilegirung des Oesterreichischen Gesamtstaates vor allen andern Staaten der Welt; und hierfür gibt es platterdings kein Motiv, welches bei andern Staaten willige Anerkennung finden könnte.“

„Mit einem Wort: wenn der Zollverein sich das Prinzip aneignet, alle andern Nationen in jedem Falle nachtheiliger zu behandeln als Oesterreich, so wird er auch seinerseits darauf geacht sein müssen, auf allen andern Märkten in eine benachtheiligte Stellung gedrängt zu werden. Hiermit ist seiner Bedeutung, als eines Theilnehmers am Weltverkehr, das Urtheil gesprochen, und durch eine solche Selbstausproberung wären die Vortheile eines privilegierten Verkehrs mit Oesterreich viel zu theuer erkauft.“

## Schließlich heißt es in der Schrift:

„Ob die Aufassung der bairischen Regierung in Betreff der überwiegenen Vortheile der österreichischen Zollprotektion begründet ist, können wir hier unerörtert lassen. Es kann uns nicht in den Sinn kommen, sie hierüber aufzuklären zu wollen. Sie allein und ihr Land sind die kompetenten Richter über diese Frage; sie allein mögen entscheiden. Sollte die Entscheidung wirklich dahin ausfallen, daß die Zollvereinigung mit Oesterreich für Bayern vorteilhafter sei, als das Verbleiben im Zollverein unter dem Regime des Tarifs vom 2. August, so würden wir dieses Ergebnis zwar beklagen, aber es ihm gleichzeitig die Ueberzeugung entnehmen müssen, daß zwischen den kommerziellen Interessen Bayerns und Preußens in der That eine tiefgreifende Verschiedenheit obwalte, welche die Lösung des kommerziellen Verbandes im Interesse beider Theile als wünschenswerth erscheinen läßt. Glaubt die bairische Regierung dem Wege, den die überwiegende Mehrheit der vereinsländischen Bevölkerung als unabwieslich betrachtet, fernhin nicht mehr folgen zu können, so hat sie unabweislich das Recht, einen andern einzuschlagen, auf dem sie sich größere Vortheile verspricht. Jedemfalls aber ist für beide Theile eine schnelle Entscheidung wünschenswerth, damit die theilweisen Interessen Zeit gewinnen, sich auf die Trennung vorzubereiten und die unvermeidlichen Nachteile derselben möglichst zu mildern.“

„In Preußen sieht die Ueberzeugung fest, daß die Ausführung des Handelsvertrags vom 2. Aug. für das Land eine Nothwendigkeit ist, wenn dasselbe nicht aus der ersten Reihe der Industrieländer und handeltreibenden Staaten beiseite in fleischliche und einseitige Verkehrsverhältnisse zurücktreten will. Hierüber sind Land und Regierung vollkommen einverstanden. So bleibt der Tarif vom 2. Aug. die Basis für die fernere kommerzielle Entwicklung Preußens; und auf dieser Basis wird es bereit sein, den Zollverband mit denjenigen Staaten zu erneuern, welche durch Zustimmung zu derselben die fortwährende Gleichartigkeit der beiderseitigen Interessen bewahrt und — hieburch von neuem bestätigt haben, daß die Grundbedingungen für ein ferneres gemeinsames Zusammengehen — Identität der materiellen Interessen und loyale Bereitwilligkeit zu gemeinschaftlicher Pflege derselben — noch in ungeschwächter Lebenskraft vorhanden sind. Was der Zollverein an äußerem Umfang verliere, sollte, wird er an Lebens- und Entwicklungsfähigkeit reichlich gewonnen haben, und dieser Gewinn wird uns entschädigen für das Aufgeben von Staaten, die ihrem eigenen Urtheil zufolge durch abweichende Interessen auf andere Wege sich angewiesen haben.“

## Ein französisches Aktenstück, Amerika betreffend.

„Der „Moniteur“ veröffentlicht folgende Depesche, welche der Minister der auswärtigen Angelegenheiten auf Befehl des Kaisers an die französischen Gesandten zu London und St. Petersburg gerichtet hat.“

Paris, 30. Okt. 1862.

„Mein Herr! Europa verfolgt mit schmerzlicher Theilnahme den Kampf, der seit mehr als einem Jahre auf dem amerikanischen Festlande gekämpft wird. Die Feindseligkeiten haben Oxyer und Anstrengungen veranlaßt, die sicherlich geeignet sind, von der Ausdauer und der Energie der beiden Völkerstämme die höchste Meinung einzurufen; aber dieses Schauspiel, so ehrenvoll für ihren Muth, wird

begleitet mit Unheil, ohne Zahl, und mit entsetzlichen Blutvergießen. Zu diesen Folgen eines Bürgerkriegs, der von vorn herein, so große Verhältnisse annahm, tritt nun noch die Befürchtung vor einem Skandinavienkrieg (guerre scandinavique), welcher so großes unersetzbares Unheil auf den höchsten Gipfel steigen würde.“

„Die Leiden einer Nation, für welche wir stets aufrichtige Theilnahme behauptet haben, würden hingereicht haben, um die Sorgfalt des Kaisers lebhaft anzuziehen; selbst wenn wir von der Gegenwirkung dieser Ereignisse unberührt geblieben wären. Unter dem Einflusse der innigen Beziehungen, welche die Ausdehnung des Handels zwischens den verschiedenen Gegenden der Erde vervielfältigt, hat Europa selbst die Folgen einer Krise empfunden, durch welche eine der ergiebigsten Quellen des öffentlichen Reichthums versiegt, und die für die großen Arbeitsmittelpunkte Ursache der traurigsten Heimjagungen wurde. Wir, Sie wissen, mein Herr, haben wir es, als der Streit ausbrach, als Pflicht erachtet, im Einklange mit den andern Großmächten, die strengste Neutralität zu beobachten, und das Kabinet von Washington hat wiederholt die Loyalität anerkannt, mit welcher wir diese Richtschnur einhielten. Die Gefühle, welche sie uns einflößten, sind unwandelbar geblieben; aber weit entfernt, den Mächten eine Haltung aufzuzwingen, welche als Gleichgültigkeit erscheinen würde, muß der wohlwollende Charakter dieser Neutralität sie im Gegentheil eher veranlassen, sich beiden Parteien nützlich zu erweisen und ihnen zu helfen, aus einer Lage herauszukommen, die für den Augenblick wenigstens — ohne Ausgang scheint. Seit Anfang des Kriegs stellte sich unter den Kriegführenden eine Gleichheit der Kräfte heraus, die seitdem fast immer fortbestand, so daß nach so vielem Blutvergießen die Sachlage sich heute nach nicht wesentlich verändert hat.“

„Diese Gesamtverhältnisse weisen auf das Zeitgemäße eines Waffenstillstandes hin, den sich überdies, außer den obwaltenden Verhältnissen, kein strategisches Interesse in den Weg stellen würde. Die dem Frieden günstige Stimmung, welche sich im Norden wie im Süden zu behaupten beginnt, könnte andererseits die Schritte unterstützen, welche versucht würden, um einen längeren Waffenstillstand (trève) zu empfehlen.“

„Der Kaiser glaubte deshalb, daß es geeignet wäre, den Kriegführenden die Mitwirkung der „guten Dienste“ der Seemächte anzubieten, und Se. Maj. hat mich beauftragt, diesen Vorschlag der Regierung Ihrer Britannischen Majestät, sowie dem russischen Hofe zu machen. Die drei Kabinette würden sich bestreben (s'emploieraient), sowohl in Washington als bei den südlischen Staaten eine Waffenruhe von sechs Monaten zu erlangen, während welcher jede Kriegshandlung, direkt oder indirekt, provisorisch zu Wasser und zu Land aufhören müßte und die nöthigenfalls verlängert werden könnte.“

„Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, mein Herr, daß diese Eröffnungen fern sind von jedem Urtheil über den Ursprung des Zwistes, wie von jedem Druck auf die Unterhandlungen, welche, wie zu hoffen ist, dem Abschluß des Waffenstillstandes folgen werden. Unsere Rolle befiel sich lediglich darin, die Hindernisse zu beseitigen und uns nur in dem von den beiden Parteien festgesetzten Maße einzumischen. Wir würden uns mit einem Worte nicht für berufen trachten, im voraus ein Urtheil zu fällen (de préjuger), sondern die Lösung der Schwierigkeiten vorzubereiten, welche bis jetzt sich einer Annäherung der Kriegführenden entgegenstellten. Würde außerdem die Uebereinstimmung der drei Höfe nicht hinlänglich ihren Absichten entsprechen und würde sie nicht ihren Schritten einen augenscheinlichen Charakter der Unparteilichkeit verleihen? Bei gemeinschaftlichem Handeln würden sie die geeigneten Bedingungen zur Einlösung von Vertrag in sich vereinigen: die Regierung des Kaisers durch die befähigten Ueberlieferungen der französischen Politik in Betreff der Vereinigten Staaten; England durch die Blutverwandtschaft; Rußland durch die Beweise der Freundschaft, die es unaufhörlich dem Washingtoner Kabinet gegeben hat.“

„Wenn der Erfolg die Hoffnung der drei Mächte nicht rechtfertigen und die Kampfmuth die Oberhand über die Weisheit ihrer Rathschläge behalten sollte, so würde dieser Versuch deshalb nicht weniger ehrenhaft für sie sein. Sie hätten eine Pflicht der Menschlichkeit erfüllt, die besonders in einem Krieg geboten ist, wo die Leidenschaft den beiden Gegnern jeden direkten Versuch einer Unterhandlung schwierig macht. Dieses ist die Aufgabe, welche den Neutralen das öffentliche Recht anweist, indem es ihnen gleichzeitig eine strenge Unparteilichkeit vorschreibt, und sie würden niemals einen edleren Gebrauch von ihrem Einflusse gemacht haben, als wenn sie ihn dazu verwendeten, einem Kampfe ein Ende zu machen, der so viele Leiden verursacht und so große Interessen auf der ganzen Welt gefährdet.“

„Endlich, selbst wenn diese Eröffnungen kein sofortiges Resultat hätten, würden sie vielleicht nicht ganz nutzlos bleiben; denn sie könnten die Bewegung der Geister zu versöhnlichen Ideen ermutigen und so den Augenblick beschleunigen, wo die Wiederherstellung des Friedens möglich werden würde. Ich fordere Sie auf, mein Herr, diese Betrachtungen im Namen Sr. Majestät Lord John Russell (Fürst Porters) mitzutheilen und ihn zu bitten, Sie von den Absichten der Regierung Ihrer Britt. Majestät (des russischen Hofes) zu unterrichten. Wollen Sie ihm gefällig, gleichfalls sagen, daß ich in denselben Ausdrücken an den Gesandten des Kaisers in London (St. Petersburg) schreibe. Genehmigen Sie etc. — Drouyn de Lhuys.“



Deutschland.

Frankfurt, 13. Nov. In der heutigen Bundestagung waren sämtliche Gesandten anwesend. Zunächst wurde der neue Gesandte für Holstein-Lauenburg, Frhr. Kammerherr v. Dirckinck-Holmsfeld, in die Versammlung eingeführt. — Hierauf brachte Hannover zur Anzeige, daß es den Anträgen wegen Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs gegen den Nachdruck beitrete; Württemberg erklärte seine Zustimmung zu dem Gesetz wegen gegenseitiger Rechtshilfe in Zivilstreitigkeiten. Die 15. Kurie (Obenburger und die Anhalter) gab zustimmende Erklärungen zu Beidem (Nachdruck und Rechtshilfe). Schließlich erhob die h. Versammlung die bekannten Anträge des Ausschusses für Errichtung eines Bundesgerichts bezüglich des Obligationenrechts zum Beschluß. Demgemäß soll die betreffende Kommission am 5. Januar in Dresden zusammentreten. Preußen gab eine Verwahrung gegen diesen Beschluß.

München, 12. Nov. (Sch. M.) Der hiesige englische Gesandte, welcher durch Lord Loftus, zuletzt in Berlin, ersetzt wird, ist vorgestern nach England abgereist. — In dieser Woche noch wird mit dem Bau der Eisenbahn von Staruberg nach Weilheim einerseits, und nach dem Steinkohlenbergwerk Penzberg andererseits begonnen. — Die vorgestrige Versammlung zur Schillerfeier war von etwa 400 Männern der verschiedensten Berufsclassen besucht. Den Vorsitz führte der Universitätsprofessor Neumann. Unter den verschiedenen Trinksprüchen ist der auf das preussische Abgeordnetenhaus ausgebrachte, der lang andauernden Widerhall fand, hervorzuheben. Eine sofort für den preussischen Nationalfond bewerkstelligte Sammlung ergab die Summe von 115 fl. 46 kr. Die Versammlung beschloß, öfter zur Besprechung vaterländischer Angelegenheiten, das nächste Mal am kommenden Montag, zusammenzutreten und politische Freunde und Gegner gleichfalls hiezu einzuladen.

Auch die „Bayr. Ztg.“ meldet nun, daß, nachdem auf der letzten Generalkonferenz des Zollvereins beschlossen worden, die nächste in München abzuhalten, die Einladungen hiezu von Seite Bayerns an sämtliche Zollvereins-Regierungen ergangen sind, und als Zeitpunkt der Eröffnung der Anfangs Januars 1863 in Vorschlag gebracht worden ist. — Für den großdeutschen Verein, dessen Gründung hier vor etwa 4 Wochen in Anregung gebracht worden war, sind nun die Statuten entworfen; sie sollen demnächst in einer Versammlung beraten und nebenbei das Verhältnis dieses Vereins zum deutschen Reformverein festgestellt werden.

Darmstadt, 13. Nov. Die Rede, welche der Minister des Innern, Hr. v. Dalwigk, heute vor den in Sitzungsaal der Zweiten Kammer versammelten beiden Kammern zur Eröffnung der Landtagsession hielt, lautet nach der „Darmst. Ztg.“:

Durchlauchtigste, hohe und hochzuverehrende Herren! Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben, inhaltlich besonderer Vollmacht, mir den ehrenvollen Auftrag erteilt, die siebenzehnte Ständeversammlung in Allerhöchstem Namen zu eröffnen. (Die beschlossene Rede wird verlesen.)

Die geordneten Finanzen des Großherzogthums, der fortschreitende Wohlstand fast aller Klassen der Bevölkerung, welcher eben so sehr in unserer Gesetzgebung, als in den günstigen Zeitverhältnissen und dem Fleiße und der Intelligenz der Bewohner des Landes begründet ist, das Ausblühen insbesondere der hiesigen Industrie, deren Leistungen erst kürzlich in einer Weltausstellung die ehrenvolle Anerkennung gefunden haben, der gestiegene Werth des Grundeigentums und die Zunahme des öffentlichen Kredits sind Thatsachen, bei welchen man mit Genugthuung verweilen darf.

Die großen Verkehrsmittel des Landes, vor Allem die Eisenbahnen, sind in ihrem Fortschreiten begriffen. Die Staatsregierung hat gethan, was in ihren Kräften stand, um denjenigen Landesstellen, welche der Schienenwege noch entbehren, diese Wohlthat zu verschaffen, ohne die Kräfte des Staats in zu hohem Maße in Anspruch zu nehmen. — Die Eisenbahn zwischen Mainz und Frankfurt auf dem linken Rheinufer und die Eisenbahnbrücke zwischen Mainz und dem rechten Rheinufer stehen in den nächsten Tagen ihrer Vollendung und Eröffnung entgegen. Die Erbauung eines Schienenwegs von der Ludwigsbahn ab nach Alzey durch das Innere der Provinz Rheinhessen steht in naher Aussicht. Gleichzeitig mit den Verhandlungen zwischen der hiesigen und preussischen Regierung wegen Erbauung einer Eisenbahn von Köln nach Siegen, welche die vollständige Ausführung dieser Bahn bereits zur Folge gehabt haben, wurden auch Verhandlungen zur Fortsetzung der Bahnstrecke Köln-Siegen über Biedenkopf bis zur Main-Weiser-Bahn in der Gegend von Warburg eingeleitet. Man darf hoffen, daß diese Verhandlungen, auf welche die großherzogl. Regierung hohen Werth legt, in nicht zu entfernter Zeit zu günstigen Resultaten führen. — Es ist der lebhafteste Wunsch der Staatsregierung, daß nicht bloß das Innere der Provinz Oberhessen, sondern auch die östlichen Theile der Provinz Starkenburg Eisenbahnen zur Verbindung mit den im Großherzogthum bereits bestehenden und denjenigen der angrenzenden Länder erhalten. — Verhandlungen mit benachbarten Regierungen zur Erreichung dieser Aufgabe sind bereits im Gange.

Die großh. Staatsregierung, stets bemüht, die innere Gesetzgebung des Großherzogthums zu verbessern und zu vervollständigen, hat daneben das große Ziel des allmähigen Zustandekommens einer gemeinsamen deutschen Gesetzgebung, als der festesten Grundlage nationaler Einheit, nie aus dem Auge verloren. Sie hat sich den Bemühungen in dieser Beziehung eifrig angeschlossen und insbesondere nicht unterlassen, an den Geschäften der Kommission, welche in Hannover zur Bearbeitung einer gemeinsamen Zivil-Prozessordnung zusammengetreten ist, einen diesseitigen Kommissär Theil nehmen zu lassen. Ein Gleiches wird bei der Kommission der Fall sein, welche zur Bearbeitung eines gemeinsamen Obligationenrechts sich demnächst in Dresden vereinigen soll.

Die Frage von einer Reform der deutschen Bundesverfassung bewegt mit Recht alle vaterlandliebenden Herzen. Aber die Ansichten über die geeigneten Mittel, um zu einem befriedigenden Abschlusse zu gelangen, weichen nicht bloß von einander ab, sondern stehen sich auf das schroffe entgegen. Die Regierung Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs, erfüllt von der Wichtigkeit des Gegenstandes, wird mit Entschiedenheit auf dem Wege fortgehen, welchen sie, getreu ihrem vor einer Reihe von Jahren veröffentlichten Programme, im Verein mit

einer Anzahl deutscher Bundesgenossen, als den einzig praktischen und zum Heile des Vaterlandes führenden, erkannt und betreten hat.

Auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik des Zollvereins sind Verhandlungen entstanden, deren befriedigende Lösung nur dadurch zu erreichen sein wird, daß alle Zollvereins-Staaten einseitig, soweit es die Rücksicht auf berechnete Interessen erlaubt, zu einer Aenderung des Zolltarifs zum Zweck der Erweiterung des Verkehrs mit andern Nationen die Hand bieten, andererseits aber auch zur Ausbildung der durch den Vertrag vom 19. Febr. 1853 vorläufig und unvollkommen geschaffenen engeren handelspolitischen Verbindung mit Oesterreich bereitwillig mitwirken. Die großh. Regierung wird sich angelegenlich bemühen, ihrerseits die möglichst baldige Herbeiführung einer solchen Lösung zu fördern.

Die Zahl der Vorklagen, welche, außer den finanziellen Propositionen, die Staatsregierung an die ständischen Kammern zur verfassungsmäßigen Sanktion gelangen zu lassen in dem Fall ist, wird, den Bedürfnissen des Landes entsprechend, eine verhältnismäßig geringe sein. — Vorzugsweise ist darunter der Entwurf eines Gesetzes zu erwähnen, durch welches das Verhältnis der Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften des Landes zu der Staatsgewalt fest geregelt wird.

Mögen Sie, meine Herren, den unausgesetzten Bemühungen der Regierung Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs, die Wohlthat, das Glück und das Ansehen dieses Landes zu fördern, und wahrhaft berechtigten Wünschen der Bevölkerung zu genügen, eine wohlwollende Unterstützung zu Theil werden lassen. (Der Ministerialsekretär verliest die Eidesformel, und ruft die zu Beeidigenden einzeln auf.) Im Namen Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs erkläre ich den 17. Landtag für eröffnet.

Offenbach, 12. Nov. (Zelt. Bl.) Die auf der heutigen Versammlung von Industriellen in Sachen des Handelsvertrages mit Frankreich gefaßten, auszüglich bereits mitgetheilten Resolutionen lauten wörtlich wie folgt:

Angeichts der neuesten Wendung, welche die, den preussisch-französischen Handelsvertrag betreffende hochwichtige Angelegenheit in dem Großherzogthum Hessen genommen hat, hält sich die heutige Versammlung der Industriellen und Gewerbetreibenden, Handelsleute und Arbeiter Offenbachs zu folgender Erklärung gebrungen:

1) Die von Seiten unserer Regierung erfolgte Ablehnung des Beitritts zu dem genannten Vertrage steht in schroffem Widerspruch mit den Wünschen und Interessen der meisten Staatsangehörigen, wie dies der Regierung durch die Erklärungen sämtlicher Handelskammern, sowie fast aller Industriellen des Landes bereits vor Ablehnung des Vertrags kundgegeben war. — Die in diesem Vertrage zum Nachtheil einiger Industriezweige enthaltenen Bestimmungen kommen kaum in Betracht gegenüber den großen Vorteilen, die dem Zollverein im Allgemeinen, ganz besonders aber der Industrie unseres Landes, durch Abschluß des Vertrags erwachsen werden. Deshalb stimmen wir dem Beschlusse des zweiten deutschen Handelsrats in München bei, wonach das Zustandekommen des Handelsvertrages nicht in Frage gestellt werden darf.

2) Die Verbindlichkeiten, die der Zollverein im Vertrag mit Oesterreich vom 19. Februar 1853 eingegangen ist, bilden durchaus kein Hinderniß für den Abschluß des Handelsvertrages mit Frankreich; es sind vielmehr im Gegentheil durch Artikel 2 und 4 jenes Vertrags die Rechte des Zollvereins begründet, seine Zölle zu verändern und auch Tarifermäßigungen gegen andere Staaten einzutreten zu lassen. Artikel 2 jenes Vertrags sichert zwar Oesterreich die Stellung des meistbegünstigten Staates zu; dagegen ist darin von einer andern bevorzugten Stellung oder dem Recht Oesterreichs, in den Zollverein einzutreten, kein Wort enthalten. Ueberdies erscheint der Eintritt Oesterreichs in den Zollverein unter den gegenwärtigen Verhältnissen geradezu unmöglich. Einerseits kann Oesterreich weder für seine Industrie des Schutzvolles gegen den Zollverein ganz entbehren, noch auf sein Zolldominanz verzichten. Andererseits wäre für die Staaten des Zollvereins der Eintritt Oesterreichs höchst nachtheilig, so lange die finanziellen Zustände und die gegenwärtigen Balanzverhältnisse Oesterreichs nicht auf einer sichern Basis festgestellt sind und seine Zollgrenze nicht gesichert ist; namentlich aber, so lange die gegenwärtig noch sehr geringe Konsumtionsfähigkeit seiner nichtdeutschen Staatenkomplexe mit derjenigen der Zollvereins-Staaten nicht wenigstens annähernd sich gleichstellt, indem auch so lange eine Verständigung über eine richtige Verteilung der Zollcinnahmen unmöglich sein wird.

3) Durch die Weigerung mehrerer süddeutschen Regierungen, dem preussisch-französischen Handelsvertrag beizutreten, erscheint die Fortdauer des Zollvereins in hohem Grade gefährdet. Wie nun die Auflösung des Zollvereins an und für sich als ein großes nationales Unglück zu betrachten wäre, so würde insbesondere der Austritt des Großherzogthums Hessen aus diesem Verbande die unabsehbarsten, mit großen Gefahren verbundenen Folgen für dieses Land und seine Bewohner nach sich ziehen, namentlich die Industrie und damit die Steuerkraft des Landes lähmen, einen großen Theil der Industriellen zur Ueberwanderung nach anderen Staaten zwingen, und dadurch den Grundbesitz entwerthen und einen sehr großen Theil der Arbeiterbevölkerung brodlös machen.

4) Bei einer so beslagenwerthen Lage dieser hochwichtigen Sache ist es Jedermann seiner Familie, der Gemeinde und dem Staate schuldig, mit allen gesetzlichen Mitteln für Erhaltung des Zollvereins, somit für Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages zu wirken.

Kassel, 12. Nov. In der heutigen öffentlichen Sitzung der Ständeversammlung fand die Beibehaltung der beiden Abgg. Wachsmuth und Trabert statt, welche hierauf ihre Plätze einnahmen, indem sich der Abg. Trabert (nach der „Kass. Ztg.“) etwa mit folgenden Worten einführte:

Meine Herren, ich habe Ihnen meinen Dank auszusprechen für die einmüthige Beschlußfassung, durch welche Sie mich in Ihre Mitte aufgenommen haben. Sie haben mir freilich die Jahre nicht zurückgeben können, in denen ich Unangenehmes zu erdulden hatte; aber Sie haben mich ihrerseits wieder in das Recht eingesetzt, an welchem meine Wähler und ich niemals gewweifelt haben. Und wenn ich mich durch die bange Besorgnisse, welche sich an Ihren Beschluß knüpften, nicht bestimmen ließ, demselben durch Resignation auf mein Recht zuvorzukommen, so geschah es in der festen Ueberzeugung, daß wir über alle Besorgnisse sicher hinwegkommen werden durch die Friedfertigkeit, welche in diesem Saale bereits einen so ergebenden Ausdruck gefunden hat. Ich werde mich nicht über die Unbill ausprechen, die mir durch die standrechtliche Verurteilung widerfuhr; und wenn ich auf meine Wirksamkeit in dem bange Jahr 1850 zurückblicke, so finde ich wohl, daß ich in Manchem gefehlt habe, und daß Vieles hätte besser gethan werden mögen; aber die Gesinnung, welche mich damals befehle, ist dieselbe geblieben, und ich habe in dieser Beziehung nichts zu bereuen. Das Streben nach nationaler Einigung, das Bewußtsein von der Heiligkeit und Unverbrüchlichkeit des Gesetzes, und die Liebe zu verfassungsmäßiger Sicherung bürgerlicher Freiheit — wie mich dies damals geleitet hat, so wird es auch in dieser Versammlung

neben dem Eid, den ich so eben geleistet, mein Handeln bestimmen; und vor diesen drei Leitlinien folgt, der hat wohl nicht zu bezweifeln, daß er niemals inmitten der heftigen Ständeversammlung allein stehen werde.

Der Präsident theilte sodann den Antrag Harnier's „wegen Wiederherstellung des Jagdgesetzes“ und einen Antrag des Abg. Sunkel, wonach die Regierung um eine Vorlage, die Annahme des preussisch-französischen Handelsvertrages betr., ersucht werden soll, mit. Die Begründung beider Anträge bleibt der nächsten Sitzung vorbehalten. Weiter ward der Versammlung mitgetheilt, daß von dem Abg. Dettler II. an den Hrn. Landtags-Kommissär die Anfrage gerichtet werde, 1) wann die Staatsregierung der Ständeversammlung das Budget vorzulegen gedenke, und 2) ob sie eine Proposition in Betreff des Konkurses der Leibant zu machen beabsichtige. Der Antrag Dettler's I. auf Beseitigung der provisorischen Gesetze liegt nunmehr gedruckt vor. Das Wesentliche ist daraus mitgetheilt. — Durch Beschluß kurfürstl. Ministeriums des Innern vom 3. d. M., bezw. kurfürstl. Regierung dahier vom 7. d. M. ist verfügt worden, daß das hiesige Weiß- (Lager-) Bier bis auf Weiteres dem Tarzwange nicht ferner unterworfen werden soll.

Koblenz, 13. Nov. (Köln. Ztg.) Se. Königl. Hoheit der Großherzog von Baden ist auf der Rückreise von England zum Besuche bei Ihrer Maj. der Königin hier eingetroffen und im königl. Schlosse abgetiegt.

Köln, 12. Nov. (Fr. Z.) Für den Fall, daß Hr. v. Bockum-Dolffs die Wahl zum Bürgermeister nicht annimmt, will man, wie gerüchtweise erzählt wird, Hrn. Forckenbeck auf die Kandidatenliste setzen.

Weimar, 12. Nov. Das „Regierungsblatt für das Großherzogthum“ bringt die Ausführungsverordnung zum deutschen Handelsgesetzbuch.

Berlin, 12. Nov. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Im Lager der Gegner des Handelsvertrages oder von einer Seite, von welcher aus man, aus welchen Motiven es immer sei, die Festigkeit der Politik Preußens in der handelspolitischen Frage in Zweifel zu stellen sucht, wird vielleicht der Zutritt der General-Zollkonferenz im Januar des nächsten Jahres benützt werden, um der Vermuthung Raum zu verschaffen, als sei man preussischer Seite in der That gekommen, den Gegnern zu den von ihnen verlangten Zugeständnissen die Hand zu bieten. Nach zuverlässiger Mittheilung rechtfertigt jedoch diese Thatsache auch nicht entfernt derartige Konjekturen. Der Zutritt der General-Zollkonferenz ist nur durch die nothwendige Erledigung der gewöhnlichen Geschäfte des Zollvereins veranlaßt. Es hätte derselbe eigentlich schon im Juni stattfinden sollen; er ist nur durch die über den Handelsvertrag mit Frankreich schwebenden Unterhandlungen hinausgeschoben worden und jetzt schon der zwischen den Zollvereins-Gliedern erforderlichen Abrechnung wegen nicht weiter zu vertagen. Preußen wird es nicht zugeben, daß der Handelsvertrag zu einem Object der Verhandlungen auf der General-Zollkonferenz gemacht werde, und eben so wenig die Frage der Zollvereinigung mit Oesterreich.

Berlin, 12. Nov. Wie die „B. u. H.-Ztg.“ vernimmt, hat die Schwenkung der sächsischen Regierung in der Zollangelegenheit zu einem sehr lebhaften Notenschwechsel geführt, in welchem Hr. v. Beust darauf beharrt, zu debütiren, daß er seinen zollpolitischen Standpunkt seit der Annahme des französischen Handelsvertrages nicht gewechselt habe. — Die Minister v. Bodelschwingh und Graf Tscherning hatten gestern Unterredungen mit dem Chef der Distrikts-Gesellschaft, Hrn. Hanemann. — Wie die „Volkszeitung“ meldet, wird der „Kleine Reaktor“ amtlichen Blättern als Beilage beigegeben. — Für die Angehörigen der Graubündner Verurtheilten sind ferner eingegangen bei der „Kref. Ztg.“ 200 Thlr., bei der „Diffee-Ztg.“ 120 Thlr., bei der „Volks-Ztg.“ 75 Thlr. — Die „Berl. Allg. Ztg.“ war angeklagt wegen des Abdrucks einer vom Abg. Frenzel-Perfallen im zweiten hiesigen Wahlbezirk gehaltenen Rede über die Militärorganisation. Gestern stand Verhandlungstermin vor der vierten Deputation des Kriminalgerichts unter dem Vorsitz des Stadtgerichts-Raths Pielchen. Der Gerichtshof sprach den angeklagten Redakteur frei. — Hrn. Waldeck wird dieser Tage durch eine aus 20 angesehenen städtischen und bürgerlichen Wählern bestehende Deputation des Wahlkreises Bielefeld-Halle-Herford ein Ehrenpokal überreicht werden.

Berlin, 13. Nov. Se. Maj. der König empfing gestern wieder mehrere Deputationen mit Ergebnissabfragen. Die Verlegung der königl. Residenz von Schloß Babelsberg nach Berlin ist auf den nächsten Samstag angelegt. — Hiesige Blätter tragen sich mit Gerüchten von der angeblich beschlossenen Auflösung des Abgeordnetenhauses. Von anderer Seite wird behauptet, der Landtag solle schon im Dezember wieder zusammentreten. Daneben geht die Rede von wesentlichen Meinungsverschiedenheiten, die hinsichtlich der Abgeordnetenhaus-Frage, sowie der Landtagsberufung und der Militärfrage zwischen den Mitgliedern des Staatsministeriums sich herausgestellt hätten. Wie uns mit der größten Bestimmtheit versichert wird, entbehren alle diese Gerüchte der thatsächlichen Begründung. Es ist keine Auflösung des Abgeordnetenhauses beschloffen oder für jetzt beabsichtigt. Die Eröffnung der neuen Landtagsession kann der nothwendigen Vorarbeiten wegen erst um die Mitte Januar nächsten Jahres erfolgen. Ueber die Militärfrage haben im Staatsministerium schon seit Wochen gar keine Erörterungen stattgefunden. Zur Aufnahme derselben wartet man die Rückkehr des Kriegsministers ab, welcher morgen Abend von seiner Urlaubreise hier wieder eintreffen wird. Von ersten Meinungsverschiedenheiten über irgend eine der schwebenden inneren Fragen soll im Kabinett bis jetzt kein Anzeichen hervorgetreten sein.

Gutem Vernehmen nach ist dieser Tage die Antwort Preußens auf die letzten Noten Bayerns und Württembergs in Betreff des Handelsvertrages von hier



nach München und Stuttgart abgegangen. Wie verlautet, hält das hiesige Kabinett in dieser Kundgebung an seinem bisherigen Standpunkt fest. Namentlich soll darin ausgesprochen sein, daß ein Beharren der betreffenden Regierungen bei der Ablehnung des französischen Vertrags von Preußen als Ausdruck des Entschlusses betrachtet werden müsse: die Zollvereins-Verträge über den 1. Jan. 1866 hinaus nicht zu verlängern. Von der nach München und Stuttgart ergangenen Antwort wird auch den Vertretern Preußens bei den übrigen Vereinststaaten Kenntniß gegeben werden. Zu diesem Behuf ist hier ein Rundschreiben entworfen worden, welchem die genannten Aktenstücke beigelegt werden sollen. Das mehrseitig verbreitete Gerücht, Preußen gehe mit dem Gedanken um, schon jetzt die Zollvereins-Verträge förmlich zu kündigen, scheint keine Bestätigung zu finden. Dagegen ergibt sich aus verschiedenen Umständen, daß hier jetzt sehr lebhaft über die Zollvereins-Frage verhandelt wird.

**Danzig, 11. Nov.** Der Staatsanwalt zu D. Oppermann, welcher sich um die hiesige Bürgermeisterstelle beworben hatte, hat mittelst telegraphischer Depesche an den Vorsitz der Stadtverordneten-Versammlung seine Bewerbung zurückgezogen.

**Wien, 12. Nov.** Man schreibt der „Südd. Ztg.“: „Die Regierung hat, wie von unterrichteter Seite versichert wird, in der Zollfrage eine wichtige Erklärung abgegeben. Gegen wen, habe ich nicht mit Sicherheit ermitteln können; vielleicht gegen Sachsen, welches nach einer bekannten neuern Schwankung seine permanenten Vermittlungsexperimente jetzt auf diesem Gebiet in Szene zu setzen entschlossen scheint; in dem thut die Wreffe, an welche die gedachte Erklärung sich richtet, auch wenig zur Sache. Diese Erklärung lautet aber dahin, daß die bereits vorliegenden Vorschläge insofern als ein Ultimatum betrachtet werden müßten, als man diesseits im Interesse der ohnehin schwer bedrängten heimischen Industrie sich außer Stande sehe, über das darin gegebene Maß hinaus den Prinzipien und Forderungen des Freihandels noch weitere Zugeständnisse zu machen, und zwar um so mehr, als man die Ueberzeugung gewonnen habe, daß man in andern Fällen sich auch den überwiegenden Theil der süddeutschen Zollvereins-Staaten entfremden würde.“

**Wien, 13. Nov.** Das Abgeordnetenhaus hat diesmal, ohne viel Besens zu machen, ein wichtiges Gesetz votirt: es hat die Kontrolle der Staatsschuld geregelt. Das Prinzip, daß der Reichsrath durch eine Kommission eine solche Kontrolle zu üben habe, stand freilich bereits in der Verfassung geschrieben, aber wir haben so viele prinzipielle Errungenschaften, die demnach praktisch nicht vorhanden sind, daß es allerdings Angesichts der noch frischen Erinnerung an jenen unerhörten Vorgang, wo sich eine Ueberschreitung des Nationalanlehens um die enorme Summe von 111 Millionen Gulden herausstellte, dringend geboten erschien, gegen die mögliche Wiederholung derselben oder ähnlicher Ausschreitungen bei Zeiten die geeigneten Vorkehrungen zu treffen, und diese sind denn jetzt wirklich, so weit die gewöhnliche Voraussetzungen reicht, ausreichend getroffen worden. Eine zu gleichen Theilen aus der Wahl beider Häuser des Reichsraths hervorgegangene Kommission wird fortwährend, selbst für den Fall, daß das Abgeordnetenhaus aufgelöst werden sollte, bestanden bleiben, mit dem Recht und der Pflicht, jederzeit von den Maßregeln zur ordnungsmäßigen Abtragung und Verzinsung der Staatsschuld Einsicht zu nehmen und dieselben zu revidiren, und keine Staatsschuldverschreibung wird hinfür Gültigkeit haben, die nicht von der Kommission mit unterzeichnet wurde. Das Gesetz hat an der Börse und im großen Publikum einen um so günstigeren Eindruck gemacht, als man schon die Besorgnis hegte, dasselbe werde in einer Weise verdröhelt werden, daß es in der noch übrigen kurzen Zeit der gegenwärtigen Session nicht mehr zur Erledigung gelangen würde; und in der That würde es sehr wahrscheinlich zurückgelegt sein, wenn nicht aus Anlaß der bekannten Besprechung, in welcher der Staatsminister seine Veröhnung mit dem Abgeordnetenhaus einleitete, von Seiten des Hauses die Nothwendigkeit, den Gegenstand so schleunig als möglich zu Ende zu führen, mit einem Nachdruck betont worden wäre, der der Regierung ein längeres Zögern und Ausweichen nicht gestattete.

Das Statut, d. h. die Landesverfassung für die italienischen Kronländer ist wirklich, wie ein hiesiges Blatt meldet, fertig ausgearbeitet; es ist aber eben so richtig, daß man dasselbe noch einweilen zurückhalten gedenkt, weil man sich der Besorgnis nicht entziehen kann, die darin gebotenen Konzessionen würden vorzugsweise gegen die Regierung selbst benutzt werden.

**Kriest, 11. Nov.** Antonaz, Redakteur des „Tempo“, wurde zu achtmonatlichem Kerker und 1000 fl. Kautionverluft, der Kriester Ledeschki zu zweimonatlichem Kerker verurtheilt.

### Italien.

**Turin, 11. Nov.** Der König ist nach Biacenza abgereist. — Die Berichte aus den Südprowinzen lauten ganz beruhigend. Auf Sicilien ist kein neues politisches Verbrechen verübt worden. In den neapolitanischen Provinzen hat sich der Zustand der öffentlichen Sicherheit überall gebessert, mit Ausnahme einiger Bezirke, welche von dem Räuberwesen noch heimgegriffen sind.

**Turin, 11. Nov.** Die Aerzte Garibaldi's versichern, die Herausholung der Kugel werde ganz in kurzem bewerkstelligt werden.

### Frankreich.

**Paris, 13. Nov.** Der „Moniteur“ erklärt heute offiziell, daß, wenn sich das Gerücht verbreitet hatte, die Einweihung des Boulevard du Prince Eugène durch den Kaiser werde am 15. Nov. stattfinden, es. Maj. die Einweihung dieses Boulevards schon seit lange auf Anfangs Dezember festgesetzt habe und daß an diesem Beschluß Nichts geändert wurde. In Folge der Ausweisung des dem Palais royal

sehr ergebenen Hrn. v. Nuchald aus dem „Bays“ und des Verbots der Veröffentlichung der mehrerwähnten Broschüre des Hrn. Hubaine richtete Prinz Napoleon ein Schreiben an den Kaiser, welches in sehr energischen Ausdrücken abgefaßt sein soll. Im Auftrag des Kaisers richtete nun Hr. v. Bachiotti ein Billet an den Prinzen, das — wie man sagt — nicht weniger entschieden klingt. — Nach Briefen aus Rom ist der Nachfolger des Herzogs von Veltuno, Hr. Vallemain, am 6. dort eingetroffen. Sogleich nach seiner Ankunft fand bei Kardinal Antonelli eine Verathung statt zur Entgegennahme der von dem neuen französischen Geschäftsträger mitgebrachten Depeschen. Wie man hört, ist darin die Versicherung erneuert, daß die kaiserl. Regierung Rom nicht an die Turiner Regierung ausliefern werde. — Die Börse war heute sehr geschäftlos: die Kurse blieben ohne namhafte Variation. Die Bank hat ihren Disconto nicht erhöht, obgleich, wie man versichert, ihr Metallvorrath sich um 45 Millionen verminderte.

**Paris, 14. Nov.** (W. L. V.) Der Ausweis der französischen Bank zeigt eine Verminderung des Barvorraths um 46 1/2 Mill., des Guthabens des Staatskassas um 7 1/2 Mill., dagegen eine Vermehrung des Portefeuilles um 86 1/2 Mill., des Notenumlaufs um 40 1/2 Mill., des Contocourants der Privaten um 11 1/2 Mill., der Vorkäufe auf Unterpänder um 18 1/2 Mill.

### Großbritannien.

**London, 11. Nov.** Der Straßenaufzug der gestrigen Lord-Mayors-Installirung verdient keine ausführliche Beschreibung, denn er wich in nichts von den früheren, satfam bekannten Aufzügen dieses Tages ab. Aber auch das große Banket in der Guildhall war diesmal ohne politische Bedeutung, obwohl Lord Palmerston, Earl Russell und mehrere andere Ministri zugegen waren.

Die Gäste waren um 7 Uhr allesammt angelangt, unter ihnen der Herzog v. Cambridge, Lord Palmerston, Earl Russell, der Earl of Granville und Lord Brougham. Das diplomatische Korps war bloß durch die Gesandten von Spanien und Honduras vertreten, und die Zahl der Tischgäste belief sich auf Tausend. Es wurden die üblichen Trinksprüche auf die Königin, den Prinzen v. Wales, die kön. Familie, Heer und Flotte, das diplomatische Korps, das Ober- und Unterhaus ausgebracht und in Kürze erwidert. Politische Anspielungen wurden sorgsam vermieden, selbst von Seiten Lord Palmerston's, aus dessen Rede wir das Wesentliche mittheilen wollen, nicht weil sie Bemerkenswerthes enthält, sondern weil nach dieser Schablone auch alle übrigen Reden bei dem gestrigen Feste geschnitten waren. Er sagte nach einigen einleitenden Worten:

Doppelt bedeutungsvoll ist der heutige Tag für uns Alle, weil er der Geburtstag eines Prinzen ist, der eines Tages zum Monarchen dieses Landes berufen werden wird, und der, vermöge seiner ihm von der Vorsehung verliehenen Naturanlagen, hoffentlich eine Quelle des Glückes für unser Volk sein wird. Mylord Mayor hat einen Gegenstand berührt, der die traurigsten Gefühle in eines Jeden Brust wachrufen muß, nämlich der Nothzustand, der auf einen Theil unserer Fabrikbezirke drückt. Wir wollen hoffen, daß die veranlassenden Momente dieser Noth bald verschwinden mögen, obwohl wir eingestehen müssen, daß gegenwärtig keine unmittelbare Aussicht vorhanden ist, daß menschlichere und wohlwollendere Gesetze sobald in den Herzen der in Amerika einander gegenüberstehenden Parteien einzuleben werden. Andererseits dürfen wir vertrauensvoll erwarten, daß Indien uns bis zu einem gewissen Grade den Nothstoff liefern wird, welcher für die Gewerthätigkeit unserer Fabrikbevölkerung unentbehrlich ist. Wenn wir das aus Indien herbeigebrachte Produkt nur emsig verarbeiten und uns nicht in Verführung lassen lassen, die so gewonnene Baumwolle andern Ländern zuzuführen, dann vertraue ich, daß der durch den amerikanischen Krieg verursachte Anschlag bis zu einem gewissen Grade gedeckt werden wird. In andern Beziehungen ist es eine Befriedigung für uns, zu wissen, daß das Land sich einer guten und gesunden Lage erfreut. Unser Heer, unsere Flotte und das Institut unserer Freiwilligen befinden sich allesammt in Zustände großer Wirksamkeit; wenigstens klein an Zahl, sind sie stark durch Disziplin und durch den patriotischen Geist, der sie befeuert. Unsere Ernte war keine schlechte, obwohl die Pächter dies nicht gern zugestehen, und unser Handelsverkehr hat sich neue Wege erschlossen, um den Anschlag zu decken, den er auf anderer Seite erleiden muß, so daß wir im Ganzen nicht schlimmer als in früheren Jahren daran sind. Auch unsere Finanzen befinden sich in einem betriebigen Zustande, und wir sammeln in allen unsern Verkehrsbeziehungen zu den übrigen Nationen der Erde die Früchte des von uns erstarrten Freihandels-Systems, dem sich, angetrieben durch unser Beispiel, hoffentlich auch die übrigen Nationen zuwenden werden.

Auch Lord Brougham sprach einige Worte über die Nothzustände in den Fabrikbezirken, und verglich das jetzige würdige Verhalten der Arbeiter mit deren einstiger Rohheit und Kravalllust. Es sei dies, meinte er, das herrlichste Resultat einer allmählig fortschreitenden bessern Volkserziehung. Die Amerikaner beschwört er am Schluß seiner, mit großer Lebhaftigkeit gesprochenen Rede, alle ihre Bemühungen auf einen raschen friedlichen Ausgleich zu richten. Denn sonst stünde ihnen das größte Unglück, das einem Staate beschieden werden könne, bevor — die Tyrannei des Militärs.

### Amerika.

**Neu-York, 1. Nov.** (Per „Kangaroo“) Die „Times“ bringt folgende telegraphische Mittheilungen: General Mitchell hat bei einem Versuch, die Eisenbahnverbindung zwischen Charleston und Savannah abzuschneiden, zwei namhafte Schuppen erlitten, wofür ihn die nördliche Presse arg tadelt. Die Vorrückung des Generals McClellan, von der so viel erwartet worden war, hat bis zur Stunde noch keine große Ausdehnung angenommen. Sein Hauptquartier befindet sich bei Berlin am Potomac, 7 Meilen von Harpers Ferry. Die Südlischen stehen mit Macht in Winchester. Die Streiche des „Alabama“ erregen hier große Unzufriedenheit. Man wirft der Regierung strafbare Nachlässigkeit und Apathie vor, weil sie keine Maßregeln, ihn wegzunehmen, trifft. Der „Merrimac“ Nr. 2 soll seefertig sein. General Wool ließ mehrere Bürger in Baltimore verhaften,

weil sie unter seinen Offizieren Unterschriften zu einer Bittschrift um seine Enthebung vom Kommando sammelten. Der Präsident befahl, die Verhafteten unbedingt wieder in Freiheit zu setzen. Man erwartet, daß der General seine Stelle niederlegen wird. Richter Clifford aus Massachusetts hat eine habeas corpus zu Gunsten von Hrn. Winder aus Philadelphia erlassen, der ungesetzlicher Weise im Fort Warren festgehalten ist. Der Sheriff wurde nicht ins Fort gelassen. Der Richter erklärte hierauf, daß er Befehl habe, dem Urtheil Geltung zu verschaffen. Man hält den Sieg der Demokrateen bei den Neu-Yorker Staatswahlen am 4. d. für gewiß. Der Präsident hat über die Wendung, welche die Wahlen bisher genommen haben, Erstaunen und Bedauern ausgesprochen. Die Demokraten hoffen, sowohl in Neu-Jersey wie in Massachusetts und Neu-York den Sieg davonzutragen. Unter den Arbeitern von Neu-York fanden mehrere Arbeitseinstellungen statt. Sie wurden beschwichtigt, indem ihnen die geforderte Lohnerhöhung bewilligt wurde. General Banks soll das Kommando einer Expedition nach Texas erhalten. General Maclean soll mit Admiral Dupont auf dem Mississippi gemeinschaftlich operiren.

**Neu-York, 1. Nov.** Die Südstaatlichen stehen noch mit Heeresmacht unmittelbar vor der Fronte der Potomac-Armee. General Burnside hat sich über den östlichen Stock der Blauen Berge hinweggezogen und sich mit General Sigel vereinigt. — Unter den Südlischen zwischen Winchester und dem Potomac bemerkt man große Bewegung. Starke Haufen marschiren ohne Gepäck auf die Front-Royal-Straße hin, andere gegen Shannonsville Springs und Castlemans Ferry. Der Unionsgeneral Stoneman hat Leesburg ohne Widerstand eingenommen. Die Unionisten haben Charleston in West-Virginien und Grand Junction in Mississippi besetzt. Der Feind steht mit Macht 9 Meilen von letztgenanntem Punkte. — Depeschen aus Washington behaupten, daß viele südlische Sklavenhalter ihre Sklaven durch die Blockade schmuggeln und in Cuba verkaufen. Die Stadt Neu-York hat beschloffen, für 3 Mill. Doll. Papiergeld in Scheinen unter einem Doll. auszugeben.

### Baden.

**Karlsruhe, 14. Nov.** Das so eben ausgegebene 13. Heft der „Beiträge zur Statistik der innern Verwaltung des Großherzogthums Baden“ enthält die Volkszählung vom Dezember 1861. Wir entnehmen derselben, daß in jenem Termin die Gesamtbewölkerung des Großherzogthums 1,369,291 Personen betrug; im Jahr 1858 hatte sie 1,335,952 betragen, und im Jahr 1855, dem bekannten niederen, 1,314,837. Die Zahl der Katholiken beträgt nach dieser neuesten Zählung 896,683, die der Evangelischen 445,539, der Mennoniten 1221, der Dissidenten 4749, und der Israeliten 24,099. Die männliche Bevölkerung beläuft sich im Ganzen auf 668,901, die weibliche auf 700,390. In den Jahren 1810 bis mit 1858 waren 93,826 Personen ausgewandert, im Durchschnitt jedes Jahr 4938; 1859 dagegen wanderten aus 1241, 1860 2608, und 1861 1330, zusammen 5179 Personen; wogegen ein-gewandert sind, d. h. das Indigenat erhielten, 1859 176 Personen, 1860 200, und 1861 229, zusammen 605 Personen.

Ueber den fortschreitenden Wohlstand und die Zunahme der Moralität erhalten wir ein günstiges Zeugniß durch die Statistik der Zivilrechtsfälle und der Strafrechtsfälle. Nach dieser wurden bedingte Zahlungen befreit: 1852 190,330; 1853 158,831, und so fort in stetiger Abnahme bis 1860 61,343. 1861 stiegen dieselben wieder auf 67,384. Sanktionen wurden neu anhängig 1852 1347; 1853 1047, und so fort herab bis zu 240 im Jahr 1861. Nach der Statistik der Strafrechtsfälle betrug die Anzahl der Gefangenen im Jahr 1852 1128, stieg bis 1855 zu 1448, betrug 1856 noch 1316, im Jahr 1857 aber nur noch 985, fiel bis 1861 auf 691, erhob sich aber 1862 wieder auf 757. Ein nicht uninteressantes Bild in dieser Beziehung geben auch die Kosten, welche aus polizeilichen und gerichtlichen Untersuchungen erwachsen sind, nebst jenen, welche die in den Amtsgefängnissen erscheinenden polizeilichen und gerichtlichen Strafen zur Folge hatten; sie betragen 1852 305,175 fl.; 1853 245,345 fl. u. s. w. bis herab zu 141,868 fl. im Jahr 1861.

Schließlich geben wir noch die spezielle Vergleichung der Zunahme der Bevölkerung seit 1835 in den durch ihre Stellenzahl oder durch gewerbliche Verhältnisse u. s. w. hervortragenden Städten, wobei die erste Ziffer den Stand vom Jahr 1835 anzeigt, die zweite aber die vom Jahr 1861: Mannheim 25,688; 27,472; Karlsruhe 25,163; 27,103; Freiburg 16,089; 16,883; Heidelberg 15,129; 16,289; Pforzheim 10,711; 13,854; Bruchsal 8241; 8270; Rastatt 7306; 7819; Baden 7018; 7733; Rastatt 7101; 7423; Bad 6779; 7103; Weingarten 5305; 6130; Durlach 4715; 5617; Ettlingen 4991; 5016; Offenburg 3821; 4408; Billingen 3769; 4169; Eberbach 3942; 4104; Eberbach 3397; 4068; Schwetzingen 3090; 3300; Uelbingen 3276; 3290; Wertheim 3198; 3245; Bretten 3120; 3206; Weisach 3271; 3167; Donaueschingen 2758; 2366; Mosbach 2505; 2666; Tauberbischofsheim 2488; 2614; Buchen 2274; 2232; Schepshelm 1870; 2014; Keßl 1227; 1623.

**Karlsruhe, 14. Nov.** Der gestrigen zweiten Aufführung des Drama's „Ludwig der Bayer“ wohnte der Verfasser desselben, Hr. Paul Heise aus München, bei. Derselbe wurde schließlich gerufen und er-läutete auf der Szene. Auch die H. Moritz Hartmann und Ferdinand Hiller, die Schöpfer der Oper „Die Katakomben“, die heute zur ersten Aufführung gelangt, waren anwesend.

**Heidelberg, 13. Nov.** Dem „Sch. M.“ wird von hier geschrieben: „Heinrich v. Gagern beschäftigt sich gegenwärtig mit einer Broschüre, worin er seinen jetzigen politischen Standpunkt gegenüber der Vergangenheit rechtfertigt. Im Sinne v. Gagern's habe es ursprünglich gelegen, eine Vermittlung zwischen Weimar und Frankfurt herbeizuführen.“

### Vermischte Nachrichten.

**Frankfurt, 12. Nov.** Gestern ist Generalpostdirektions-Sekretär H. Hendschel, dessen Name durch die Herausgabe seines „Telegraphen“ wohl in ganz Europa bekannt geworden, mit Tod abgegangen.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.



